

Hans G. Nutzinger

Selbstverwaltungswirtschaft und ökonomische Theorie

1. Zur Einführung

Es läßt sich schwer sagen, in welchem Bereich der Ökonomie die Unzufriedenheit in den letzten Jahren starker gewachsen ist: Ist es vor allem das Mißbehagen mit der ökonomischen Theorie, so wie sie an den Universitäten gelehrt wird, oder vielmehr die Empörung über die ökonomischen Zustände, über Inflation, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, die sich in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung immer ausgeprägter artikulieren? Flugs sind auch diejenigen zur Hand, die zwischen beidem – dem unbefriedigenden Zustand der ökonomischen Theorie und demjenigen der ökonomischen Praxis – eine Verbindung zu schlagen wissen. Der interessierte Mitbürger wird allerdings verwundert und verwirrt, wenn er die unterschiedlichsten Versionen über den vermuteten Zusammenhang zwischen beidem zu hören bekommt. Haben etwa die Wirtschaftspraktiker recht, die seit langem beklagen, daß sich die akademische Nationalökonomie längst von den praktischen Erfordernissen der Wirtschaft abgesondert habe? Vermittelt nicht das wirtschaftswissenschaftliche Studium an den Hochschulen seinen Absolventen ein abstraktes Wissen, das zu den Problemen der betrieblichen Praxis in keinem erkennbaren Zusammenhang mehr steht, und werden nicht häufig genug linke, unternehmer- und verfassungsfeindliche Ideologien an den Hochschulen verbreitet? Oder hat nicht vielleicht auf der anderen Seite der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung recht, wenn er immer wieder die negativen Konsequenzen in der wirtschaftlichen Praxis beklagen muß, die sich zwangsläufig ergeben, wenn sich die ökonomischen Akteure (insbesondere die Arbeitsmarktparteien) nur sehr mangelhaft an das halten, was ihnen die Wirtschaftstheorie anempfiehlt?

Zahlreich, und auch in diesem Sammelband vertreten, sind diejenigen Kritiker, die einen systematischen Zusammenhang zwischen den Mängeln der ökonomischen Theorie und denen der wirtschaftlichen Praxis in der Weise sehen, daß eine nur auf Gewinn zielende Produktion mit all ihren sozialen Kosten – Arbeitslosigkeit, Inflation, Krisen, Zerstörungen der sozialen und der ökologischen Umwelt – nur dann überwunden werden kann, wenn eine alternative ökonomische Theorie und Politik, orientiert an gesellschaftlichen Zielsetzungen, an die Stelle des orthodoxen neoklassischen Gedankengebäudes tritt, dessen innere Unstimmigkeit¹⁾, praktische Wirkungslosigkeit²⁾ und ideologische Funktion³⁾ man ohnehin für erwiesen hält.

Die traditionelle ökonomische Theorie hat sich gegenüber diesen und anderen Varianten der Kritik erstaunlich unempfindlich gezeigt. Soweit ihre Vertreter derartige Einwände überhaupt zur Kenntnis nahmen und/oder sie als zumindest diskussionsfähig akzeptierten, konnten sie immer wieder darauf verweisen, daß es den verschiedenen Varianten der Kritik an der ökonomischen Theorie bislang an einem einheitlichen, logisch konsistenten Ansatz mangle. Der eigene "Modellplatonismus" (Hans Albert) wurde damit gerechtfertigt, daß dies der einzige Weg sei, überhaupt zu wissenschaftlich haltbaren Schlußfolgerungen zu kommen - wenn auch, zugegebenermaßen und notwendigerweise, in einem verkürzten Rahmen, an dessen kontinuierlicher Erweiterung man aber ja beständig arbeite⁴⁾.

Überdies konnten die traditionellen Wirtschaftstheoretiker nicht ohne Recht darauf hinweisen, daß ihre Kritiker, soweit sie sich nicht in der Formulierung alternativer Ziele, der Aufstellung neuer Normen oder von Mängeln bestehender Theorieansätze erschöpften, letztlich doch wieder mit den Versatzstücken der zuvor so heftig geschmähten "bürgerlichen Ökonomie" arbeiten müßten⁵⁾.

Vollends dient den Vertretern der traditionellen ökonomischen Theorie die Entwicklung der "marxistischen" Wirtschaftswissenschaft in den staatssozialistischen Ländern als Beispiel dafür, wie mit großem terminologischen Aufwand und unter erheblichen Abgrenzungsanstrengungen zur Neoklassik letztlich eine "politische Ökonomie" entstehe, die im Grunde dasselbe, wenn auch umständlicher und weniger präzise tue, wie die offiziell bekämpfte "bürgerliche" Wissenschaft, die sich nicht des Umwegs über spitzfindige werttheoretische Argumentationen zu bedienen brauche, wenn sie die Ergebnisse mathematischer Optimierungsmodelle interpretieren und praktisch anwenden wolle. Es ist daher nicht nur der Ignoranz und der Beschränktheit "traditioneller" Ökonomen zuzuschreiben, wenn die Kritik an der akademischen Nationalökonomie und die daraus abgeleitete Forderung nach einer "alternativen" Wirtschaftstheorie und einer daraus abgeleiteten "alternativen" Wirtschaftspolitik bislang ohne merklichen Erfolg geblieben ist. Dieser Befund mag zunächst überraschend erscheinen, zumal wenn man bedenkt, daß sich Ökonomen der verschiedensten Denkrichtungen wenigstens in ihrer zunehmenden Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend einig sind⁶⁾. Übereinstimmend, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung und vor allem verschiedener Begründung, werden Inflation, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, die Konzentration in der Wirtschaft und die zunehmende Belastung der natürlichen Umwelt als wesentliche Krisenindikatoren angeführt. Selbst darin ist man sich noch einig, daß dieser unbefriedigende

Zustand der ökonomischen Entwicklung etwas mit "falscher" Wirtschaftspolitik zu tun hat - nur gehen die wirtschaftspolitischen Empfehlungen in ziemlich genau entgegengesetzte Richtungen, von der liberalistischen Forderung nach entscheidend weniger Staatseingriff über die sozialliberale Forderung nach entscheidend verbesserten staatlichen Maßnahmen bis hin zur neomarxistischen Forderung nach entscheidend mehr Staatseingriff. Alle diese Positionen, das konnte Ward (1978) schlüssig nachweisen, können nicht auf der Basis eines einfachen Falsifizierbarkeitskriteriums, durch Konfrontation der Theorie mit der Realität, mit dem Ziel überprüft werden, die überlegene Denkrichtung - oder gar einen "optimalen Mix" verschiedener Sichtweisen - herauszudestillieren. An dieser Stelle kann nicht detailliert auf die tieferliegenden Ursachen für diese Situation eingegangen werden. Weil für unsere folgenden Überlegungen aber wichtig, sollen zwei wesentliche Gründe zumindest benannt werden:

- (1) Die ökonomischen Theorien, selbst dort, wo sie sich über zugrundelegende Maßziffern verständigen können, haben es nicht mit einer objektiv gegebenen Realität zu tun; bereits die jeweils zugrunde gelegte "Realität" ist ein Produkt geistiger Überlegungen auf der Grundlage einer nicht mehr weiter hinterfragbaren "Vision" (Schumpeter), und die jeweils verwendeten Begriffe, wie Arbeitslosigkeit, Inflation und Wachstum, haben im Rahmen dieses theoretischen Vorverständnisses dann ganz unterschiedliche Funktionen.
- (2) Den verschiedenen Denkrichtungen ist ein Problem gemeinsam, das sie jeweils bei den konkurrierenden Sichtweisen als Defizit feststellen, nämlich der Umstand, daß zur Gewinnung theoretischer Aussagen ein sehr hoher Abstraktionsgrad erfordert ist, der zu so viel einschränkenden Voraussetzungen⁷⁾ führt, daß auch an eine nur approximative Übereinstimmung zwischen theoretischen Voraussetzungen und den Bedingungen der Realität nicht zu denken ist.

Wie wichtig diese beiden Grundprobleme für jede Kritik an der herkömmlichen Wirtschaftstheorie, für den Versuch einer "alternativen Ökonomie" und insbesondere für den Problemkreis "Selbstverwaltungswirtschaft" sind, läßt sich vielleicht am besten veranschaulichen, wenn man den eingangs erwähnten kleinsten gemeinsamen Nenner der Ökonomiekritik betrachtet, nämlich die Feststellung einer Diskrepanz, anstelle der klassisch-liberalen Kongruenz, von einzelwirtschaftlich rationaler Profit- und Nutzenmaximierung und einer "gesamtgemeinschaftlichen Rationalität", in deren nähere Bestimmung dann die Wertvorstel-

lungen der jeweiligen Betrachter eingehen. Folgerichtig, oder auch nicht, wird dann häufig die reale und/oder theoretische "Marktwirtschaft" - das genaue Angriffsziel bleibt oft genug unklar - für diejenigen Übel der realen Welt verantwortlich gemacht, die der jeweilige Forscher oder Politiker für die schlimmsten hält. Konzentriert man sich etwa auf Arbeitslosigkeit als Erzübel, so kommt man zu einer Variante der Ökonomiekritik, wie sie Rudolf Hickel (1978), prominenter Sprecher der "Memorandum-Gruppe für eine alternative Wirtschaftspolitik" beispielhaft so formuliert hat:

"Das privat-dezentrale Produktions- und Verteilungssystem leidet - so die Grundidee - unter einer "Rationalitätsfalle": Einzelwirtschaftlich durchaus rationale Produktionseinschränkung bei mangelnder Nachfrage pflanzt sich über weiteren Produktions-, Einkommens- und Nachfrageausfall in Form einer Kettenreaktion in die letzte Ecke der Wirtschaft fort - bis schließlich ein Zustand festgeschrieben wird, bei dem Arbeitslosigkeit, unter Auslastung der Kapazitäten oder - wie es Keynes einmal nannte - "Armut im Reichtum" existieren . . . Bei noch so viel atomistischer Konkurrenz tendieren Marktwirtschaften zu einer Diskrepanz zwischen einzelwirtschaftlicher Rationalität und daraus resultierender, gesamtwirtschaftlicher ("sozialer") Irrationalität."

Daß in der Realität marktwirtschaftlich organisierter Länder Arbeitslosigkeit auftritt, ist kaum bestreitbar, wenn auch ein Teil der Fachökonomien auf dieses Problem eher mit (Weg-) Definitions-Versuchen als mit gründlicher Erforschung der Problematik⁸⁾ reagiert hat.

Welche Konsequenzen aber aus dieser empirischen Beobachtung folgen, ist höchst unklar: So ist etwa das "alternative" Theorieangebot der Memorandum-Gruppe, das bis in die jüngste Zeit hinein wesentlich von einer Konjunkturbelebung via Nachfragersteigerung aufgrund einer generellen Erhöhung der Masseneinkommen ausging, nicht nur von Repräsentanten der orthodoxen Theorie, sondern auch von anderen "linken" Ökonomen⁹⁾ heftig kritisiert worden. Noch weniger überzeugen konnten dann die wirtschaftspolitisch flankierenden Maßnahmen, die zum Teil als Zugeständnis an die kritisierten Lücken dieser "keynesianischen" Theorie und der auf ihr basierenden Politik vorgebracht wurden: Preiskontrollen, Investitionslenkung, eine Politik des "qualitativen Wachstums", Vergesellschaftung marktbeherrschender Unternehmen und ähnliche Maßnahmen mehr, die nicht nur Liberalen vom Schlage Hayeks als gefährliche Schritte auf dem "Weg zur Knechtschaft" eines auswuchernden Staatsinterventionismus erschienen.

Sicherlich haben es sich die Vertreter der traditionellen ökonomischen Theorie zu leicht gemacht, wenn sie sich etwa in ihrem Eintreten für eine marktwirtschaftlich verfaßte Ordnung

auf logisch stimmige Ergebnisse der Theorie zurückzogen, wie etwa den Nachweis der Pareto-optimalität eines allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts im Rahmen der Allokationstheorie; ebensowenig hilfreich ist die Existenz eines abstrakten allgemeinen Modellgleichgewichts für diejenigen, der sich in einer real ungleichgewichtigen Situation um seinen Arbeitsplatz sorgen muß. Die orthodoxe Theorie wird auch nicht dadurch praktisch relevanter, daß ihre Vertreter nicht ohne Berechtigung darauf hinweisen, daß die angebotenen "alternativen" Wirtschaftspolitiken auf schwachen theoretischen Füßen stehen und überdies auch mit den empirischen Befunden der letzten zehn Jahre schwerlich in Übereinstimmung zu bringen sind. Auch der Hinweis auf Fehler anderer - der Wirtschaftspolitiker, der Gewerkschaften, der Unternehmer - entlastet die Wirtschaftstheorie nicht von der Kritik, daß ihre Modelle und Theoreme häufig eher Ausdruck formaler Ästhetik als Anleitung zum praktischen Handeln darstellen. Umgekehrt besteht das Problem der Kritik an der herrschenden Wirtschaftstheorie darin, daß sie bisher wenig kohärent formuliert ist und daß deswegen begründeter Verdacht besteht, die Kritik könne schon deswegen keine brauchbaren Rezepte für eine reale Ökonomie liefern, sondern bleibe in jenem normativen Denken gefangen, über dessen Richtigkeit sich wissenschaftlich so schlecht streiten läßt.

Mit nur wenig Modifikationen hätte sich die aporetische Situation der Wirtschaftstheorie und ihrer Kritik anhand anderer Problembereiche darstellen lassen, die sich ebenfalls unter diesen kleinsten gemeinsamen Nenner fügen, wie Umweltbelastung, Inflation oder auch Konzentration. Auf der Modellebene haben die traditionellen Ökonomen allemal eine schlüssige Antwort parat, deren formale Ästhetik allerdings häufig genug in beklemmendem Kontrast zu ihrer praktischen Relevanz steht. Umgekehrt müssen sich die Kritiker der herrschenden Theorie noch immer den Vorwurf gefallen lassen, ihre Alternativen seien zu wenig begründet - und oft genug noch mit Versatzstücken der zuvor vehement kritisierten akademischen Nationalökonomie -, um als ernstzunehmender Ansatz einer Problemlösung gelten zu können. Hinzu kommt noch, daß das Denkgebäude der herrschenden neoklassischen Theorie - zumindest auf der semantischen Ebene - so flexibel ist, daß seine Vertreter in vielen Fällen die ihnen entgegengehaltene Kritik über-, ja mitunter sogar vorwegnehmen und in das neoklassische Gedankengebäude integrieren können; ein anschauliches Beispiel dafür ist die neoklassische Vereinnahmung der Theorie der Arbeitsmarktsegmentation¹⁰⁾. So findet sich der Ökonomiekritiker leicht in der Rolle des Hasen in der Tierfabel wieder, dem sein neoklassischer Gegenspieler, der Swinegel - oder vielmehr dessen zur Täuschung postierte Frau -, seelenruhig entgegenrufen kann: "Ick bün all schon do!"

2. Ökonomische Theorie und Partizipation

Bereitet schon die wissenschaftliche Erfassung und Therapie einigermaßen bekannter Probleme, wie etwa Inflation und Arbeitslosigkeit, erhebliche prinzipielle Schwierigkeiten, so zeigen sich Vertreter wie Kritiker der herrschenden Ökonomie noch ratloser, wenn es um allgemeinere, noch nicht unmittelbar konkret faßbare Entwicklungstendenzen geht: Die Beteiligung der Arbeiter an den Entscheidungen und den Ergebnissen im Produktionsprozeß, seine Mitbestimmung und, soweit möglich, Selbstbestimmung über die konkreten Arbeitsbedingungen sind ein derartiges Problemfeld. Die Idee als solche ist natürlich keineswegs neu, und sie findet sich bei so unterschiedlichen Denkern wie den Frühsozialisten und dem führenden Vertreter der klassischen Nationalökonomie in der Mitte des 19. Jahrhunderts, John Stuart Mill¹¹⁾. Auch Marxens (1867, S. 92 f.) vielzitiertes "Verein freier Menschen . . . , die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben", läßt sich mit dieser Denktradition in Verbindung bringen. Als konkrete politische und gewerkschaftliche Forderung der Arbeiter gewann das Konzept der Wirtschaftsdemokratie erst später eine zentrale Bedeutung, nachdem unmittelbar drängende Bedürfnisse, wie Arbeit und Brot, und konkrete Forderungen, wie die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifparteien, wenigstens einigermaßen durchgesetzt waren; Fritz Naphtalis (1928) gleichnamiges, aus der gewerkschaftlichen Diskussion nach dem ersten Weltkrieg entstandene Buch ist ein anschauliches Zeichen für diese Entwicklung und insbesondere für das Bemühen, die zuvor eher abstrakten Forderungen nach Sozialismus mit einem konkreten Konzept und mit der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit zu verbinden. Nach dem zweiten Weltkrieg und insbesondere in den letzten zwanzig Jahren hat die Unzufriedenheit mit der fremdbestimmten Arbeitssituation in ihren verschiedensten Ausdrucksformen - von Fluktuation, Absentismus und Leistungszurückhaltung über Streik, Leistungsverweigerung, Sabotage und Boykott bis hin zu Fabrikbesetzungen - derart zugenommen - und sie ist für die Unternehmer so kostspielig geworden -, daß eine Vielzahl von begrenzten Änderungsstrategien entwickelt und erprobt wurden, fast immer mit dem Ziel, die grundlegende Verteilung unternehmerischer Entscheidungsgewalt dadurch nicht anzutasten, sondern auf einer "höheren" Ebene zu stabilisieren. Wieder einmal waren es vor allem die Vertreter der Praxis - des Managements, der Gewerkschaften und sogar des Staates -, die unter dem Druck praktischer Schwierigkeiten sich dem neuen Problembereich "Humanisierung der Arbeitswelt" zuwandten. Nur wenige Fachökonomien nahmen diese Entwicklung überhaupt zur

Kenntnis; eine bemerkenswerte Ausnahme ist der in der neoklassischen Denktradition geschulte Wirtschaftswissenschaftler Jaroslav Vanek, Professor an der Cornell University in Ithaca, N.Y., der immerhin schon 1971 feststellte:

"Das Verlangen der Menschen nach Beteiligung an den Entscheidungsprozessen, von denen sie persönlich und unmittelbar betroffen sind, ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Erscheinungen unserer Zeit. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß es die vorherrschende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sein wird. Diese Tendenz läßt sich innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten, an Universitäten und in Unternehmen wie auch auf allen Ebenen der Politik beobachten. Die Tatsache, daß die vielleicht stärkste und am klarsten artikulierte Form dieser partizipatorischen Tendenzen bei der jüngeren Generation zu finden ist, weist darauf hin, daß diese Tendenzen nicht nur weiterhin bestehen werden, sondern sogar noch an Durchschlagskraft gewinnen werden" (Vanek, 1971, dt. Ausgabe, 1975 a, S. 12).

Die von Vanek als "ganz natürlich" empfundene Frage "nach den möglichen ökonomischen Auswirkungen von Selbstverwaltung" war indes vorher aber kaum, und dann auch meist in negativer Absicht, gestellt worden. Gerechterweise muß man aber hinzufügen, daß auch die Befürworter wirtschaftsdemokratischer Organisationsformen, von wenigen Ausnahmen abgesehen¹²⁾, sich wenig Gedanken um die Funktionsprinzipien der Wirtschaftsdemokratie machten und nur zu oft derartigen Fragen mit dem Hinweis auf die Wünschbarkeit solcher Organisationsformen aus dem Wege gingen. Die Vertreter der Praxis schließlich hatten bei ihren Versuchen ohnehin kein gesellschaftsveränderndes Interesse, und sie sahen sich mit dem schwierigen - und letztlich unlösbaren - Problem konfrontiert, die Arbeitsbedingungen zu humanisieren, ohne die grundlegende Verteilung von Entscheidungsbefugnissen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene in Frage zu stellen¹³⁾.

Aber selbst jene kleine Minderheit von Fachökonomern, die wie Jaroslav Vanek versuchen, das jugoslawische "Modell" einer marktwirtschaftlich orientierten Arbeiterselbstverwaltung theoretisch zu analysieren, um es praktisch zu verbessern, haben diesem Wirtschaftssystem ihre Aufmerksamkeit erst zugewandt, nachdem es viele Jahre zuvor in Jugoslawien, nahezu ohne jede ökonomische Grundlage, im Gefolge des politischen Konflikts mit der Sowjetunion entstanden war. Erst ein Jahrzehnt danach präsentierte Benjamin Ward (1958) einen ersten und in seinen Wirkungen recht irreführenden Versuch der theoretischen Begründung für das Verhalten einer bewußt stark idealisierten "illyrischen" Unternehmung, ein Partialmodell, in dem die dem Anspruch nach demokratische Entscheidungsstruktur des Betriebes modellmäßig

nur dadurch abgebildet war, daß die kapitalistische Zielsetzung der Gewinnmaximierung durch das laboristische Ziel der Maximierung des Einkommens je Arbeiter (je Arbeitseinheit) ersetzt wurde. Immerhin ist hierbei doch bemerkenswert, daß später Jaroslav Vanek (1970, 1971, 1975a, 1975b, 1977, 1978) unter Verwendung des orthodoxen neoklassischen Instrumentariums wesentliche Funktionsschwächen der jugoslawischen Wirtschaft analysieren konnte, die sich aus dem Fehlen eines leistungsfähigen Kapitalmarktes, fehlerhaften Finanzierungsstrukturen in Verbindung mit staatlich fixierten Zinssätzen und einer nicht immer adäquaten Zuweisung von Verfügungsrechten an die verschiedenen Beteiligten ergaben. Gleichwohl läßt auch diese Denkrichtung noch eine Vielzahl von Problemen offen¹⁴⁾.

Die angeführte Ausnahme bestätigt nur die behauptete Regel. Einen Grund dafür haben wir bereits im vorigen Abschnitt angeführt, nämlich die Kluft zwischen formal stimmigen ästhetisch schönen Theoremen und den Erfordernissen der praktischen Wirtschaftspolitik. Es gibt hier aber noch einen systematischeren Grund: Von ihrer ganzen Anlage her eignet sich die traditionelle ökonomische Theorie kaum als Ausgangspunkt einer allgemeinen Theorie demokratischer Wirtschaftsformen. Zu lange hat sie die Frage der sozialen Beziehungen im Betrieb ausgeblendet und als technisches Problem mit Konzepten wie "Produktionsfunktion" und, anspruchsvoller, "Produktionsmenge" behandelt. Lange Zeit hat auch die ökonomische Theorie die Vielfalt sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse übersehen und sich einseitig auf den Marktmechanismus als ausschließlichem Koordinator wirtschaftlicher Entscheidungen konzentriert. Viel besser wurde die Situation auch nicht, als die Ökonomen das politisch-gesellschaftliche System und alternative Koordinationsmechanismen zu untersuchen begannen. Das grundlegende ökonomische Paradigma, der Markttausch zwischen handelntreibenden Individuen, führte sie immer wieder in Versuchung, diese andersartigen sozialen Beziehungen wieder in ein Marktsystem umzudefinieren¹⁵⁾ oder, wenn dies nicht gangbar erschien, normativ die Einführung marktähnlicher Beziehungen für den betreffenden Lebensbereich zu fordern¹⁶⁾.

Marxens Kritik an der herrschenden Wirtschaftstheorie seinerseits konzentrierte sich denn auch folgerichtig auf diesen "wunden Punkt": Mit seiner Unterscheidung zwischen dem generellen Arbeitsvermögen eines Arbeiters, das als "Ware Arbeitskraft" marktmäßig gehandelt wird, und der konkreten Arbeitsleistung, die es daraus in einen betrieblichen Herrschaftsprozess erst noch zu gewinnen gilt, wies Marx auf eine zentrale Fiktion der traditionellen Wirtschafts-

theorie hin, die bis heute so tut, als ob konkrete Arbeitsleistungen gehandelt würden und demzufolge der Arbeitsmarkt ein Markt wie jeder andere sei. Mit dieser Fiktion, so nützlich sie auch für die abstrakte Modellanalyse und für die Gewinnung von Gleichgewichts- und Optimalitätssätzen auch sein mag, hat sich die ökonomische Theorie den Zugang zur Herrschaft im Unternehmen - eine zentrale Lebenserfahrung der meisten Individuen - erschwert, wenn nicht ganz verhindert: Je nach dem politischen Standpunkt des Theoretikers wurden die Herrschaftsprozesse in der Unternehmung entweder semantisch in Marktkategorien umgedeutet und damit gänzlich geleugnet, oder aber sie wurde als funktionales, durch den Marktprozeß in Schranken gehaltenes Ordnungselement betrachtet, das eben unvermeidbar und in dem Sinne technisch erforderlich sei. Die erste Variante wird vor allem durch die Vertreter des amerikanischen Neo-Liberalismus repräsentiert¹⁷⁾; die Auffassung technischer Funktionsnotwendigkeit von Unternehmenshierarchien findet man über das ganze politische Spektrum verbreitet, bis hin zum orthodoxen Marxismus. Der führende Repräsentant des deutschen Neoliberalismus, Walter Eucken (1975, S. 376) hat diesen verbreiteten Denkansatz anschaulich so begründet:

"Obwohl . . . in einer Wettbewerbsordnung wirtschaftliche Macht durch Aufspaltung möglichst verringert wird, sind doch gewisse Machtpositionen für ihre Realisierung unentbehrlich. Nicht nur die Zentralbank und andere für die Geldversorgung verantwortliche Stellen sollten wirtschaftliche Macht, die auf Privilegien gestützt ist, besitzen. Auch die Leitungen der Betriebe müssen die Autorität haben, ihre Pläne durch ihre Anweisungen durchzusetzen. Freilich wird ihre wirtschaftliche Macht in der Wettbewerbsordnung begrenzt und kontrolliert, und zwar in der Regel durch die Konkurrenz . . . Indessen - gerade, weil die Betriebe auf den Märkten dem Gesetz des wettbewerblichen Leistungs-zwangs unterworfen werden sollen, darf der Leitung die Aufstellung von Wirtschafts-plänen für den Betrieb und die Befugnis, Anweisungen zu geben, nicht aus der Hand genommen werden. Sonst wird die Klarheit der Betriebsführung beeinträchtigt. Der Betrieb verliert die Anpassungsfähigkeit, ohne welche die Wettbewerbsordnung nicht arbeiten kann. Wer die Wettbewerbsordnung will, darf somit gesetzliche Maßnahmen, die diese Entwicklung ermöglichen, nicht fördern."¹⁸⁾

Dieses in verschiedenen Versionen auftauchende Verdikt gegen wirtschaftsdemokratische Organisationsformen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen¹⁹⁾ lieferte einen weiteren Grund, zusätzlich zu der defizitären Modellierung der Produktion als sozialer Prozeß, dafür, daß sich die Wirtschaftswissenschaftler nur sehr zögerlich und meist eher widerwillig mit Fragen der Mitbestimmung und der Selbstbestimmung befaßt haben²⁰⁾. Sie wurden dabei meist von den realen Ereignissen weit überholt, bei deren ökonomischer ex-post-Analyse sie sich überaus schwer taten. Noch deutlicher zeigt sich dies bei den wenigen theoretisch begründeten Versuchen, die Wirkungen verschiedener Formen von Arbeitnehmerpartizipation vorausschauend zu analysieren.

Selbst stark abgeschwächte Partizipationsformen mit langer Vorgeschichte, wie die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, stellen insbesondere die konservativen Wirtschaftswissenschaftler vor eine Fülle ungelöster Rätsel. Die von ihnen anscheinend so stringent abgeleiteten negativen Wirkungen – die Palette reicht vom Investitionsrückgang über die Kapitalflucht und die Verlangsamung des Innovationsprozesses bis hin zur Massenarbeitslosigkeit – lassen sich, gerade im Vergleich zu Ländern ohne Mitbestimmung, schwerlich feststellen. Das liegt sicherlich nicht am wenig entwickelten Stand der empirischen Mitbestimmungsforschung, sondern an den zugrundeliegenden übervereinfachten Denkmodellen, die Partizipation lediglich als "enteignungsgleichen Eingriff" zu Gunsten der Arbeiter und zu Lasten der Unternehmer betrachten und dabei mögliche positive Wirkungen auf die Produktivität ebenso übersehen wie die realen Kosten anderer Formen der Artikulation und Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen, etwa durch komplizierte Tarifvertragssysteme, schwerfällige gesetzliche Regelungen oder auch permanent geführte Arbeitskonflikte.

Die beiden genannten Faktoren, die mangelnde Erfassung der Produktion als sozialer Prozeß und die behauptete Unverträglichkeit der Wettbewerbsordnung mit Arbeitnehmerpartizipation sind zwei wichtige Erklärungsmomente für den ziemlich unbefriedigenden Zustand der ökonomischen Theorie der Partizipation. Sie haben sicher auch mit dazu beigetragen, daß wesentliche Beiträge zur Theorie demokratischer Wirtschaftsformen gar nicht von Fachökonomern, sondern von Politikwissenschaftlern und Soziologen initiiert und entwickelt wurden, allerdings meist mit der Konsequenz, daß diesen sozial-wissenschaftlich inspirierten Ansätzen in den Augen zahlreicher, nicht nur konservativer Wirtschaftswissenschaftler eine gründliche Analyse der ökonomischen Funktionsprobleme zu fehlen scheint: Oftmals werden die unterschiedlichen Formen der Koordination und Rückkopplung von Entscheidungen zu wenig beachtet, häufig wird an die Stelle der theoretischen Analyse das normative Vor-Urteil für oder gegen die Partizipation gesetzt. Auf der anderen Seite kommt den sozialwissenschaftlich inspirierten Denkansätzen das große Verdienst zu, partizipationsrelevante Fragestellungen aufzugreifen, die im Rahmen der ökonomischen Funktionsanalyse leicht vergessen werden, etwa Fragen der Qualifikation und der Bildung, die Rolle des politischen Systems oder die Bedeutung sozialen Handelns und Lernens.

Ein gedrängter, keineswegs auf Vollständigkeit und differenzierte Beurteilung ausgerichteter Überblick über die wichtigsten in der Bundesrepublik Deutschland diskutierten Denkansätze soll nun diese generelle Charakterisierung näher belegen.

3. Verschiedene Ansätze der Selbstverwaltungswirtschaft

In einem ersten groben Überblick lassen sich insbesondere fünf theoretische und zum Teil auch praktische Richtungen der Selbstverwaltungsökonomie unterscheiden, die sich keineswegs notwendig wechselseitig ausschließen und auch in der Tat in verschiedenen Kombinationen und mit unterschiedlicher Gewichtung der jeweiligen Elemente auftreten können²¹⁾:

(1) Das "neoklassische" Modell marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung

Diese vor allem von Jaroslav Vanek (1970) entwickelte Denkrichtung ist in mehrfacher Hinsicht besonders interessant: Zum einen handelt es sich um die einzige umfassende und ziemlich geschlossene Darstellung der mikro- und makroökonomischen Funktionsprobleme einer idealisierten Marktwirtschaft mit Arbeiterselbstverwaltung aus wesentlich ökonomischer Sicht, um einen Ansatz, der sich im bewußten Rückgriff auf Keynes, als "Allgemeine Theorie" versteht²²⁾. Zum anderen werden in dem ökonomischen Grundmodell zunächst bewußt die bekannten Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie über Technologie und Präferenzen übernommen, und die Arbeiterselbstverwaltung wird nur in der Weise abgebildet, daß die "kapitalistische" Zielsetzung der Gewinnmaximierung durch das "laboristische" Ziel der Maximierung des Pro-Kopf-Einkommens ersetzt wird. Diese Vorgehensweise ist besonders für den Fachökonom attraktiv, nicht nur, weil er mit gewohntem Instrumentarium arbeiten kann, sondern weil mit Hilfe dieser Instrumente auch der Nachweis gelingt, daß die üblichen Bedingungen der Wohlfahrtsökonomik, insbesondere die Realisierung eines Pareto-optimums durch ein Konkurrenzgleichgewicht, erfüllt sind, falls die ökonomischen Agenten über vollkommene Information verfügen²³⁾. Die hierbei unterstellte Abwesenheit von Unsicherheit ist allerdings in hohem Maße problematisch, und zwar nicht so sehr deswegen, weil sie - wie viele andere Modellannahmen auch - in der Realität nicht erfüllt ist. Das tiefer liegende Problem ist dabei, daß gerade das zentrale Erkenntnisobjekt der Theorie, nämlich die Unternehmung, nur verstanden werden kann als systematische Reaktion auf die Wirkungen von Unsicherheit, die eine marktmäßige Koordination der einzelnen Produktionsschritte verhindern oder zumindest mit hohen Kosten belegen²⁴⁾. Und natürlich lassen sich aufgrund des neoklassischen Instrumentariums die bereits genannten Bedenken wegen der mangelnden Unterscheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsleistung auch gegen diesen Denkansatz erheben. Allerdings muß eine faire Kritik des Ansatzes berücksichtigen, daß seine Vertreter, insbesondere Jaroslav Vanek, dieses Grundmodell später in mancher Hinsicht modifiziert und "realistischer" gemacht haben.

Die genannten Vorbehalte reichen allerdings keinesfalls aus, um diesen Denkansatz in den Bereich der abstrakten Gedankenspielerei zu verbannen. Zum einen hat er, wie bereits erwähnt, auf einige wesentliche Funktionspläne der jugoslawischen Wirtschaft hinweisen können, und zum anderen ist diese Denkrichtung auch deswegen von praktischem Interesse, weil über die Modellanalyse hinaus auch von Anfang an praktische Konsequenzen beabsichtigt wurden. Dies geschieht auch nicht nur durch eine Konfrontation der Theorie mit der jugoslawischen Realität, die einige wichtige Einsichten vermitteln kann, sondern auch durch die anwendungsbezogene Weiterentwicklung der Theorie als einer Strategie für Entwicklungsländer²⁵⁾. Auch zur ökonomischen Analyse schwächerer Partizipationsformen, wie etwa der deutschen Mitbestimmung, hat diese Denkrichtung wichtige Anregungen gegeben. Die im Vergleich zu anderen Ansätzen auffällige Kohärenz der Argumentation und Formalisierung der Interdependenzen bedingt zugleich aber doch als wesentlichen Mangel eine weitgehende Beschränkung auf wirtschaftliche Fragen im engeren Sinne: Die wichtige Analyse der politischen Institutionen und der innerbetrieblichen Willensbildungsprozesse erfolgt allenfalls in Ansätzen.

(2) Gewerkschaftlich orientierte Ansätze

Ein nicht ganz unberechtigter Vorwurf gegen die Theorie marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung geht dahin, daß diese in einem ziemlich "luftleeren Raum" angesiedelt sei und dabei die Fragen der praktischen Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie gegen wirtschaftliche und politische Widerstände vernachlässige. Wichtig sei weniger die Entwicklung abstrakter Funktionsmodelle, sondern das Ausgehen von realen Institutionen und Programmen. Faßt man die Frage der Partizipation wesentlich als Durchsetzungsfrage auf und schaut man sich nach realen gesellschaftlichen Institutionen um, deren Programmatik wirtschaftsdemokratische Tendenzen begünstigen, so bietet sich in der Tat in der Bundesrepublik Deutschland die Gewerkschaftsbewegung an, in der Diskussionen um Inhalt und Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie schon seit dem Beginn dieses Jahrhunderts geführt wurden²⁶⁾. Dieses pragmatische Vorgehen birgt aber einige Gefahren in sich. Naheliegend ist die Versuchung, das Partizipationsproblem zu einer reinen Machtfrage zu machen und überdies Partizipation wesentlich als Umverteilung von Entscheidungsmacht von den Unternehmern hin zu den Gewerkschaften als Repräsentanten der Arbeitnehmer zu sehen²⁷⁾. Aber auch umfassendere Konzeptionen von Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie aus politikwissenschaftlicher Sicht vor allem Vilmar und Sattler (1978) vertreten, sind nicht ohne Probleme. Bei diesem Denkansatz stehen nicht ökonomische Funktionsprobleme im engeren Sinne im Vordergrund, sondern es geht zentral um die Entwicklung

einer realen Strategie der Demokratisierung in allen Lebensbereichen unter den Bedingungen der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Dies bedingt nicht nur eine ausgeprägt normative Orientierung des Ansatzes, sondern auch die Notwendigkeit, eine Vielzahl nicht notwendig miteinander kompatibler Teilelemente aus verschiedenen Wissenschaften und Lebensbereichen (Politik, Ökonomie, Sozialphilosophie, Arbeiterbewegung usw.) verwenden zu müssen. Ziel ist die Entwicklung eines umfassenden, dem Anspruch nach integralen Modells der Wirtschaftsdemokratie und der Partizipation in allen Lebensbereichen. Unverkennbare Vorzüge dieses Ansatzes sind das Ausgehen von den realen Organisationen und Institutionen der westdeutschen Gesellschaft, wie etwa der Gewerkschaftsbewegung und der bereits gesetzlich verankerten Mitbestimmung, und das Anknüpfen an unmittelbar praktische Probleme der Arbeiter und der Arbeitswelt, insbesondere die "Humanisierung des Arbeitslebens". Ein derart umfassendes, aus recht heterogenen Teilelementen zusammengesetztes und bewußt normativ konzipiertes Gesamtmodell zieht allerdings nahezu unvermeidlich den Vorwurf mangelnder theoretischer Fundierung auf sich. Aber selbst wenn und soweit dies zutrifft, ist es immerhin ein Verdienst solcher Gesamtansätze, daß sie auch dort, wo sie Probleme nicht wirklich analytisch erfassen, so doch immerhin benennen und damit Anregungen für die weitere wissenschaftliche Forschung geben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich Jaroslav Vanek in seinen letzten, bislang unpublizierten Schriften in ähnlicher Weise einem normativ orientierten integralen Gesamtmodell zugewandt hat²⁸⁾.

(3) Demokratisierung der Wirtschaft durch Investitionslenkung?²⁹⁾

Wieder von einem enger ökonomischen Ansatz aus, aber ebenfalls mit unmittelbar praktischer Zielrichtung, argumentieren diejenigen Vertreter eines demokratischen Sozialismus, die auf dem Weg über eine direkte und indirekte Lenkung der privaten Investitionen eine Umverteilung unternehmerischer Entscheidungsbefugnisse zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung anstreben. Faktisch läuft dies wesentlich auf eine Umverteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu Gunsten des Staates und in geringerem Umfange zu Gunsten der Gewerkschaften hinaus; da diese als Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung bei betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen betrachtet werden, wird damit dieser Konzeption zufolge auch den Arbeitern ein Einfluß auf Art und Umfang der Investitionen gegeben. Diese Demokratisierung der Wirtschaft "von oben" läßt aber, abgesehen von der in der fachökonomischen Diskussion in Frage gestellten Operationalität des Vorschlags, wichtige Fragen der realen Partizipation ungelöst: Wie kann etwa gesichert werden, daß nicht nur für, sondern auch

tatsächlich durch die Arbeitnehmer Einfluß auf die Investitionsentscheidungen genommen wird? Wie kann eine Verselbständigung der entsprechenden Institutionen gegenüber der Bevölkerung verhindert werden, welche gesellschaftlichen Mechanismen verhindern Fehlentscheidungen, Machtmißbrauch und eine bürokratische Behinderung des Wirtschaftsprozesses? Probleme bietet auch der Vorschlag, eine sektorale Investitionslenkung durch Branchengremien, besetzt mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und des Staates, zum Zwecke besserer Koordination der Investitionsentscheidungen und damit vermehrter Arbeitsplatzsicherheit durchzuführen. Wie kann in diesem Falle ein Branchenegoismus vermieden werden, der jede noch so gut gemeinte sektorale Investitionssteuerung leicht in ein schein-demokratisch legitimes Investitionskartell zu Lasten der Verbraucher, also insbesondere auch der arbeitenden Bevölkerung, degenerieren ließe?

In der Forderung nach "Bedürfnisorientierung" anstelle der kapitalistischen Profitorientierung sind sich die Befürworter von Investitionskontrollen auch einig mit den Vertretern einer gewerkschaftlich ausgerichteten Demokratisierungsstrategie. Aber gerade diese Forderung wirft neue Probleme auf: Wer ermittelt diese Bedürfnisse, und wie kann die Produktion aufgrund bedürfnisorientierter Kriterien aufeinander abgestimmt werden? Wer bestimmt die Kriterien, nach denen die Investitionen sektoral und regional gesteuert werden? Zusammen mit den hier nicht ausgeführten ökonomischen Funktionsdefiziten haben diese bisher nicht überzeugend beantworteten Fragen wohl mit dazu beigetragen, daß der Ansatzpunkt Investitionskontrollen in der gegenwärtigen Diskussion wirtschaftsdemokratischer Ansätze an Bedeutung verloren hat, wenn sich auch Forderungen nach Investitionslenkung als Bestandteile anderer praktischer Strategien immer noch und immer wieder finden.

(4) Historische und dogmenhistorische Erfahrungen als Ansatzpunkte für Wirtschaftsdemokratie

Die bisher genannten Ansätze sind wesentlich geprägt durch abstraktes Funktionsdenken einerseits, das insbesondere für die neoklassisch inspirierte Theorie der Arbeiterselbstverwaltung, aber teilweise auch für die Investitionslenkungsdebatte charakteristisch ist, und andererseits durch jenen "normativen Pragmatismus", der insbesondere die gewerkschaftlich orientierten Demokratisierungsansätze kennzeichnet. Es gibt aber noch einen weiteren Zugang zur Wirtschaftsdemokratie, den insbesondere Klaus Novy (1978a, 1978b) eröffnet hat. Er ist der Hauptvertreter einer politikwissenschaftlich und historisch orientierten Richtung des demokratischen Sozialismus, die zu Recht darauf hinweist, daß es eine weitgehend verschüttete

Tradition von Wirtschaftsdemokratie in Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung gibt, die es zunächst erst wieder zugänglich zu machen und aufzuarbeiten gilt. Dabei wird auf wichtige praktische Erfahrungen, wie etwa im kommunalen Wiener Wohnungsbau oder in der Kommunalpolitik der Stadt Zürich zwischen den beiden Weltkriegen, hingewiesen. Sicherlich geben auch die umfangreichen theoretischen Diskussionen in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vor der nationalsozialistischen Machtergreifung ein umfängliches und interessantes Anschauungsmaterial. Die damit verbundene Forderung, diese praktischen und theoretischen Erfahrungen für eine heutige Strategie des demokratischen Sozialismus nutzbar zu machen, ist sicherlich berechtigt. Die Aufarbeitung dieser Traditionen allein, so interessant sie sein mag, kann allerdings ein umfassenderes, ökonomisch fundiertes Gesamtkonzept nicht ersetzen, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Geschichte des demokratischen Sozialismus in Mitteleuropa fast durchgängig die Geschichte von Niederlagen war³⁰⁾. Eine ökonomische Funktionsanalyse ist schon deswegen unumgänglich, weil sie Hinweise darauf geben kann, warum so viele gemeinwirtschaftliche Ansätze gescheitert sind³¹⁾. Ein weiteres Problem mit diesem Denkansatz ist der beschränkte Gewinn aus historischer und dogmenhistorischer Aufarbeitung: Aus geschichtlicher Erfahrung kann aufgrund sich rasch verändernder Umweltbedingungen nur sehr begrenzt im Sinne praktischer Politik gelernt werden.

(5) Selbstverwaltungswirtschaft als "alternative Ökonomie"?

Selbstverwaltungswirtschaft als "alternative" Ökonomie im Rahmen kleiner, dezentraler und bewußt demokratisch konzipierter Projekte, wie Landkommunen, alternative Werkstätten, Läden und Verlage, haben sich insbesondere in den letzten zehn Jahren herangebildet. In praktischer wie ideologischer Hinsicht ist diese Alternativbewegung "bunt wie der Regenbogen"³²⁾. Bei aller Verschiedenheit im einzelnen sind diese alternativen Projekte durchgängig gekennzeichnet vom Bestreben, sich soweit als möglich vom herrschenden ökonomischen System zu entkoppeln und ihm die überschaubare, konkrete Alternative entgegenzusetzen. Eine Veränderung der Wirtschaft wird nicht mehr im globalen Umfang angestrebt, sondern allenfalls in der Form, daß der kleine alternative Sektor im Lauf der Zeit immer mehr an Bedeutung und Modellcharakter gewinnt. Veränderungen von oben, gar durch den Staat und andere etablierte Institutionen, werden weder erwartet noch erhofft. In einem sehr viel umfassenderen Sinne noch als bei Vilmar und Sattler (1978) wird hier eine Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen gefordert und im Rahmen konkreter Projekte zu praktizieren versucht. Die verschiedenen Lebensbereiche (Politik, Wirtschaft, Arbeitsleben, sozialer Bereich, Privatleben usw.) werden

hier nicht nur als wesentlich einheitlich aufgefaßt, sondern es wird in der Praxis alternativer Projekte meist auch angestrebt, sie konkret zu integrieren durch die Einheit von Zusammenleben und Zusammenarbeiten.

Diese Versuche einer alternativen Ökonomie sind allerdings zutiefst unökonomisch konzipiert, nämlich wesentlich aus der Kritik der tatsächlichen oder vermeintlichen Konsequenzen der Warenwirtschaft, zu der man sich theoretisch und praktisch in Widerspruch befindet (wenn man sich ihr auch nicht entziehen kann). Sie erscheint häufig als eigentliches Grundübel unserer Gesellschaft:

"Die menschlichen Beziehungen sind danach: kommerzialisiert, instrumentalisiert, versachlicht. Als Arbeitskraft und Konsument, oft sogar als Partner, degeneriert der einzelne zur Sache, wird verfügbar, manipulierbar, käuflich und verkaufbar; seine Person zeigt sich als ein Etwas, das den Gesetzen des Marktes unterworfen ist; seine Kapazität als Kaufkraft und seine Arbeitsleistung bestimmen weithin seinen Wert als Menschen . . . Damit werden die Werte des Besonderen, des Schönen und des Interessanten aus der sozialen Wirklichkeit, wo sie sonst recht eigentlich ihren Ort haben müßten, in den Reservatbereich des Imaginären verbannt, und dies geschieht erst noch über die Massenmedien in gesellschaftlich organisierter und kontrollierter Form" (Hollstein/Penth, 1980, S. 23 f.).

Das Problem dieser alternativen Ökonomie besteht nun leider darin, daß sie eigentlich keine Ökonomie sein will, es aber doch sein muß. Alternative Projekte führen so eine stets gefährdete Zwischenexistenz zwischen dem ökonomischen Mißerfolg, der ihre Existenzgrundlage zu untergraben droht, und dem ökonomischen Erfolg, der ihre Vereinnahmung in die herrschende Ökonomie heraufbeschwört; die Geschichte vieler alternativer Projekte illustriert diese gefährdete Existenzform. Wichtig ist die alternative Bewegung als ein weiterer, besonders ausdrücklicher Protest gegen die Einschränkung der Selbstbestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft und zudem als eine Form des Protestes, in der die Unzufriedenheit über die bürgerlichen Existenzbedingungen sich positiv wendet in den Versuch alternativer Projekte. Die theoretischen Grundlagen sind allerdings wenig entwickelt, und die Verknüpfung von Entscheidungen und Handlungen zwischen einzelnen überschaubaren Einheiten in Rahmen von "Netzwerken" ist derzeit kaum mehr als ein freundlicher Ausdruck für die Ratlosigkeit der Alternativbewegung gegenüber dem Interdependenzproblem, das sie weder durch dezentralen Wettbewerb noch durch zentrale Planung geregelt sehen will.

4. Abschließende Bemerkungen

Unser Überblick über ökonomische Theorie und Selbstverwaltungswirtschaft hat sowohl auf der theoretischen wie auf der praktischen Ebene mehr Fragen aufgeworfen und mehr Zweifel gesät als er auch nur ansatzweise lösen konnte. Daß Mitbestimmung und Selbstbestimmung zentrale Bedürfnisse der Menschen sind, die in den herrschenden Ökonomien kapitalistischer und staatssozialistischer Prägung vielfach übergangen werden, das erfahren diese herrschenden Ökonomien zu ihrem Leidwesen in den verschiedenartigsten Erscheinungsformen von Unzufriedenheit und Protest, die in zunehmendem Maße die ökonomische Effektivität dieser Systeme bedrohen. Ähnlich verbreitet ist auch die Unzufriedenheit mit der herrschenden ökonomischen Theorie, und auch da wieder mit der bürgerlichen Variante ebenso wie mit der orthodox-marxistischen. Die Liste der Anklagepunkte ist lang und beeindruckend: Sie leistet wenig bei der Bewältigung praktischer Probleme, sie hat häufig legitimatorische Funktion, sie erfaßt die Produktion nicht wirklich als sozialen Prozeß, sie weiß wenig zur langfristig verträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu sagen; die Liste läßt sich beliebig verlängern.

Die herrschende Ökonomie, sowohl als Theorie wie als Praxis, hat sich bislang von dieser Kritik wenig beeinflussen lassen und bisher auch immer noch Wege gefunden, um die Manifestationen von Unzufriedenheit unter Kontrolle zu halten. Sie hat auch bisher immer wieder darauf verweisen können, daß die ihr entgegengesetzten Alternativen in Theorie und Praxis offenkundige Defizite aufweisen. Allerdings: Die monetären und psychischen Kosten der Fremdbestimmung steigen unaufhaltsam, und sie treffen immer weniger allein das Individuum, sondern in zunehmendem Maße die Gesellschaft insgesamt. Der Weg zur Selbstverwaltungsökonomie ist zweifelsohne noch sehr lang, und das Ziel ist noch ziemlich unbestimmt. Doch es gibt einige Wegzehrung auf dieser langen Reise: Es ist die Freude der Menschen, die in überschaubaren Lebensbereichen sinnvoll Selbstbestimmung erlernen und verschüttete kreative Potentiale entdecken können. Und es ist nicht zuletzt die ökonomische Theorie selbst, die gerade durch ihre einseitige Betonung ökonomischer Funktionszusammenhänge dem hochgestimmten Wanderer immer wieder Orientierungshilfe geben kann, ob der von ihm so frohgemut beschrittene Weg auch gangbar ist. Ich weiß, das ist sehr wenig Gepäck für eine lange, aber notwendige Reise.

Anmerkungen

- 1) Diesen Punkt betont insbesondere die an Sraffa (1960) orientierte neoricardianische Schule, deren Zentrum in Cambridge (England) liegt. Die von den Vertretern dieser Denkrichtung entfachte kapitaltheoretische Kontroverse hat die neoklassische Theorie, bis auf einige kleinere Blessuren wenig getroffen, zumal da die Neoklassiker im Gegenangriff das Sraffasche Produktionspreissystem zu einem nicht eben sonderlich interessanten Spezialfall ihrer allgemeinen Gleichgewichtstheorie erklärten und sich auch von der neoricardianischen Antikritik dazu wenig beeindruckt ließen. Vgl. dazu die gute Darstellung aus neoklassischer Sicht von Blaug (1974).
- 2) Dies gilt besonders für das Problem der Verringerung der Arbeitslosigkeit, das die Kritiker des Sachverständigenrates nicht über eine Verbesserung der Kostenseite, sondern in keynesianischer Tradition über eine Ausweitung der effektiven Nachfrage lösen möchten. Dabei zeigt der "Arbeitskreis Politische Ökonomie" (vgl. etwa Baisch u.a. (1977)) wesentlich mehr Sachverstand als die sogenannte "Memorandum-Gruppe"; ihr gemeinsames Problem ist jedoch, daß innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens der Bundesrepublik die Möglichkeiten alternativer Wirtschaftspolitik äußerst begrenzt sind, so daß letztlich nur der Verweis auf eine andere "gemeinwirtschaftliche" Wirtschaftsordnung übrigbleibt, deren Erreichung dann ähnlich unbestimmt bleibt wie ihre vermuteten Funktionsprinzipien. Bis dahin soll jedoch eine keynesianische Politik der Nachfragebelebung weiterhelfen.
- 3) Diesen Nachweis zu führen, ist angesichts der politischen Präferenzen der meisten führenden Vertreter der traditionellen Wirtschaftstheorie nicht schwierig, und das haben seit einem Jahrhundert die orthodoxen Marxisten getan. Für eine Lösung der angesprochenen Probleme ist eine derartige Ideologiekritik allerdings wenig hilfreich, zeigt sie doch keine Alternative auf.
- 4) Vgl. zu dieser Auseinandersetzung die Darstellung bei Nutzinger (1971).
- 5) Dieser Einwand ist in der Tat nicht ganz unberechtigt, wenn man sich bekannte Textbücher kritischer Ökonomen anschaut; man vergleiche etwa das bekannte Lehrbuch von Robinson/Eatwell (1973).
- 6) Zu einer ausgezeichneten Darstellung der fundamentalen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Denkrichtungen in der zeitgenössischen Ökonomie siehe die Darstellung bei Ward (1978), der drei "ideal worlds" der Ökonomie unterscheidet, nämlich die radikale (neomarxistische), die liberale (sozialstaatlich intervenierende) und die konservative (liberalistische) Sicht des ökonomischen Prozesses; jeder dieser drei Weltansichten bescheinigt Ward überdies auch ihre innere Konsistenz und Erklärungskraft für Probleme der praktischen Wirtschaftspolitik.
- 7) Zu einer Diskussion dieses Begriffes siehe Schuke (1977).
- 8) Eine gute Darstellung der neueren Ansätze in der Arbeitsmarkttheorie, die systematisch die Struktur und Aufspaltung ("Segmentation") der Arbeitsmärkte in Betracht ziehen, siehe den von Sengenberger (1978) herausgegebenen Sammelband, in dem auch die traditionellen Erklärungsansätze einer gründlichen Kritik unterzogen werden.
- 9) Vgl. etwa Baisch u.a. (1977) und Riese (1979) aus "linker" sowie Vaubel (1979) aus "konservativer" Sicht.

- 10) Zu einer Kritik dieser Vereinnahmung siehe etwa Freiburghaus (1978).
- 11) Siehe dazu mit weiterführenden Literaturhinweisen FitzRoy/Nutzinger (1974) und Nutzinger (1974, bes. Teil II).
- 12) Eine bedeutende Ausnahme ist der führende Theoretiker des jugoslawischen Modells, Professor Branko Horvat.
- 13) Vgl. dazu Marglin (1979) und zu den bisherigen Erfahrungen mit dem Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens in der Bundesrepublik Deutschland die Übersicht von Nutzinger (1980) mit weiterführenden Literaturhinweisen.
- 14) Vgl. dazu den folgenden Abschnitt.
- 15) Dies tun für den Bereich des Unternehmens Alchian/Demsetz (1972); vgl. dazu etwa die Kritik von Nutzinger (1976).
- 16) Dies heißt freilich noch nicht, daß eine derartige Forderung nicht im konkreten Fall aufgestellt werden könnte; nur muß sie dann an diesem konkreten Fall begründet werden, und nicht mit einem generellen Vor-Urteil zugunsten marktmäßiger Prozesse.
- 17) Ein gutes Beispiel für diesen Dankansatz ist der bereits erwähnte Aufsatz von Alchian/Demsetz (1972); einen umfassenden, wenn auch unkritischen Überblick über diese markt-orientierte Sichtweise gibt Lepage (1979).
- 18) Die behauptete funktionale Notwendigkeit der Autorität und der Unterordnung im Betrieb wird bei Eucken noch im Sinne der neokantianischen Ethik dadurch überhöht, daß die Wettbewerbsordnung, die eben diese Subordination erheischt, nicht nur "auf Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit dringt", sondern daß in ihr "gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklicht werden soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre besondere Stärke" (Eucken, 1972, S. 370).
- 19) Dies Verdikt wird bekanntlich auch von orthodoxen Marxisten geteilt, aber mit genau zu Eucken konträrer Konsequenz, nämlich der Behauptung, man müsse das Wettbewerbssystem abschaffen, um Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen.
- 20) Natürlich haben beide Gründe sehr viel miteinander zu tun. Das oben skizzierte funktionalistische Marktverständnis basiert ja seinerseits auf einer mangelhaften theoretischen Erfassung der Produktion als eines gesellschaftlichen Prozesses.
- 21) Bewußt ausgeklammert bleiben hier Modelle des "realen Sozialismus" in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs, da das dortige Staatsmonopol an den Produktionsmitteln die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der arbeitenden Menschen nicht erhöht, sondern durch die Beibehaltung der wesentlichen hierarchischen Entscheidungsstrukturen, die weitgehende Ausschaltung von Marktkontrolle und eine nahezu vollständige Zentralisierung der Produktionsmittel in den Händen des Staats- und Parteiapparats weiter verringert hat.
- 22) Daher auch der Titel des grundlegenden Werks von Vanek (1970), nämlich "The General Theory of Labour-Managed Market Economies".

- 23) Zu einer kurzen verbalen Beschreibung des Funktionsmodells siehe etwa Nutzinger (1979b).
- 24) Diesen Gedanken hat zum ersten Mal Frank Knight (1921) systematisch entwickelt. Zu den Konsequenzen des Unsicherheitsproblems für die ökonomische Theorie der Arbeiterselbstverwaltung siehe etwa Nutzinger (1976, 1979a) mit weiterführenden Literaturhinweisen.
- 25) Vgl. dazu verschiedene Beiträge in Vanek (1975, 1977).
- 26) Einen ersten Abschluß dieser Diskussion bildet die bereits erwähnte Studie von Naphtali (1928).
- 27) Eine derartige Tendenz enthält etwa die Arbeit von Bierbaum/Kuda (1980).
- 28) Siehe Vanek (1976). Eine Übersicht über diese und andere, zum Teil ähnliche Gesamtkonzeptionen gibt die Dissertation von Jan Osers (1980).
- 29) Zu einer ausführlichen Darlegung und Kritik siehe etwa Nutzinger (1978).
- 30) Diesen historischen Befund bestreitet auch Novy (1978b, 204) nicht; er sieht aber die Hauptgründe für das Scheitern dieser Ansätze in dem zu niedrigen Zentralisierungsgrad gemeinwirtschaftlicher Ansätze in Theorie und Praxis, und nicht, wie der Verfasser dieses Beitrages, in der mangelnden Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge.
- 31) So läßt sich z.B. das weitgehende Scheitern der Genossenschaftsbewegung im 19. Jahrhundert sehr gut im Rahmen der neoklassischen Theorie marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung erklären. Die üblichen Erklärungsversuche, welche dieses Scheitern einer partizipationsfeindlichen Umwelt, inneren Konflikten der Arbeiterbewegung oder politischer Unterdrückung zuschreiben, erscheinen bei aller Berechtigung keinesfalls ausreichend.
- 32) So der Titel eines Übersichtsartikels von Josef Huber (1979).

L i t e r a t u r

- Alchian, Armen und Demsetz, Harold (1972): "Production, Information Costs and Economic Organization", *American Economic Review* 52, 777-795.
- Backhaus, Jürgen; Eger, Thomas und Nutzinger, Hans G. (Hrsg.) (1978): *Partizipation in Betrieb und Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Campus.
- Baisch, Helmut u.a. (1977): "Die Wirtschaftskrise in der BRD". In: *Leviathan*, Jg. 5, H. 2, 163 ff.
- Bierbaum, Heinz und Kuda, Rudolf (1980): "Alternative Wirtschaftspolitik und Partizipation". Manuskript, HDS-Tagung Mai 1980, Freudenberg.
- Blaug, Mark (1974): *The Cambridge Revolution: Success or Failure? A critical analysis of Cambridge theories of value and distribution*. London: The Institute of Economic Affairs.
- Eucken, Walter (1975): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 5. Auflage. Tübingen: J.B.C.Mohr.

- FitzRoy, Felix R. und Nutzinger, Hans G. (1975): "Entfremdung, Selbstbestimmung und Wirtschaftsdemokratie". In: Vanek (1975a), 165 - 223.
- Freiburghaus, Dieter (1978): "Arbeitsmarktsegmentation. Wissenschaftliche Modeerscheinung oder arbeitsmarkttheoretische Revolution?" Discussion Papers, International Institute of Management, Berlin, dp/78-94.
- Hickel, Rudolf (1978): "Abschied vom Keynesianismus - Aber was kommt eigentlich danach?", Die Zeit, Nr. 48, Jg. 1978.
- Hollstein, Walter und Penth, Boris (1980): Alternativprojekte. Beispiele gegen die Resignation. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Huber, Joseph (1979): "Bunt wie der Regenbogen", in: Netzwerk Selbsthilfe: Ein Jahr Netzwerk. Ein dokumentarisches Szenarium. Berlin: Verlag Rotation, 16-20.
- Knight, Frank H. (1921): Risk, Uncertainty and Profit. Houghton Mifflin Co. Neudruck Chicago-London (1971): Chicago University Press.
- Lepage, Henri (1979): Der Kapitalismus von Morgen. Frankfurt/M.: Campus.
- Marglin, Stephen A. (1979): "Catching Flies with Honey: An Inquiry into Management Initiatives to Humanize Work". In: Economic Analysis and Workers Management, Vol. 13, 473-488.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Band 1. In: Marx-Engels-Werke, Band 23, Berlin: Dietz.
- Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Neudruck Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 1966.
- Nutzinger, Hans G. (1974): Die Stellung des Betriebes in der Sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt/M.: Herder & Herder.
- Nutzinger, Hans G. (1976): "The Firm as a Social Institution: The Failure of the Contractarian Viewpoint", Economic Analysis and Workers Management 10, 217 - 237.
- Nutzinger, Hans G. (1978): "Investitionslenkung als Mittel der Wirtschaftspolitik? Zur Problematik einer systemverändernden Konzeption". In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 29, 257 - 287.
- Nutzinger, Hans G. (1979a): "Uncertainty, Hierarchy and Vertical Integration". In: Economic Analysis and Workers Management, Vol. 13, 301 - 325.
- Nutzinger, Hans G. (1979b): "Mikroökonomische Grundlagen Demokratischer Wirtschaftsplanung". In: B. Biervert u. a. (Hrsg.): Institutionelle Reformen in der Krise. Frankfurt/M.: Campus, 421 - 437.
- Nutzinger, Hans G. (1980): "Co-Determination and the Humanization of Working Life: Recent Trends in the Federal Republic of Germany". In: Economic Analysis and Workers Management, Vol. 14.
- Pejovich, Svetozar (Ed.) (1978): The Codetermination Movement in the West. Lexington/Toronto: D.C. Heath.
- Ousers, Jan (1979): Sozialistische Wirtschaftsmodelle. Frankfurt/M.: Campus.

- Riese, Hajo (1979): Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums. Argument-Sonderband 35: Alternative Wirtschaftspolitik, 36 ff.
- Robinson, Johan und Eatwell, J.L. (1973): An Introduction to Modern Economics. London: McGraw-Hill.
- Schuke, Andreas (1977): Theorie des Unternehmens. Eine Untersuchung des Approximativen Erklärungswertes des Traditionellen Ökonomischen Modells. Frankfurt/M.: Campus.
- Sengenberger, Werner (Hrsg.) (1978): Der Gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt/M.: Campus.
- Sraffa, Piero (1960): Production of Commodities by Means of Commodities. A Prelude to a Critique of Economic Theory. London: Cambridge University Press.
- Vanek, Jaroslav (1970): The General Theory of Labour-Managed Market Economies. Ithaca, N.Y.-London: Cornell University Press.
- Vanek, Jaroslav (1971): The Participatory Economy. Ithaca, N.Y.-London: Cornell University Press.
- Vanek, Jaroslav (1975a): Marktwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung. Frankfurt/M.:Campus.
- Vanek, Jaroslav (Hrsg.) (1975b): Self-Management: Economic Liberation of Men. Harmondsworth: Penguin.
- Vanek, Jaroslav (1976): "Through Participation and Dialogue to a World of Justice". Manuskript, Ithaca N.Y.: Cornell University Press.
- Vanek, Jaroslav (1977): The Labour-Managed Economy. Essays. Ithaca, N.Y.-London: Cornell-University Press.
- Vaubel, Roland (1978): "'Alternativen der Wirtschaftspolitik' ? Das Memorandum der 130: Eine Widerlegung". In: Diethard B. Simmert (Hrsg.): Wirtschaftspolitik - Kontrovers. Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 146, 158 - 176.
- Vilmar, Fritz und Sattler, K.O. (1978): Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Köln-Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Ward, Benjamin (1958): "The Firm in Illyria: Market Syndicalism". In: American Economic Review, Vol. 48, 566 - 589.
- Ward, Benjamin (1978): The Ideal Worlds of Economics. New York: Basic Books.

Autorenhinweise

- Dr. Hans W. Colsman, Mitinhaber der Firma Gebrüder Colsman, Essen.
- Jürgen Espenhorst, Dipl.-Volkswirt, mehrere Jahre im Personalwesen eines Großbetriebes, Mitarbeiter des Sozialamtes der Evang. Kirche von Westfalen; Veröffentlichung von Arbeiten zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.
- Dr. Jens Harms, Dipl.-Volkswirt, 1970-1974 wiss. Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Linz, seither Studienleiter an der Evang. Akademie Arnoldshain, Lehrbeauftragter für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg; Publikationen in den Bereichen Verkehrs-, Sozial- und Entwicklungspolitik.
- Dr. Peter Henseler, Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre, Universitätsassistent am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der Technischen Universität Wien, 1980 Habilitation, Bediensteter des Rechnungshofes der Republik Österreich; Veröffentlichung zur Finanzwissenschaft, Infrastruktur- und Planungstheorie.
- Dr. Christian Leipert, Dipl.-Volkswirt, wiss. Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg; Veröffentlichungen zu Problemen der volkswirtschaftlichen Erfolgsmessung und der Wachstumsgesellschaft.
- Dr. Hans-Jochen Luhmann, Dipl.-Volkswirt, seit 1974 Mitglied der Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie (AUGE) an der Universität Essen; Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW); Veröffentlichungen auf den Gebieten Energiewirtschaft und -politik; insbesondere der Politik der Energieeinsparung, Nutzung natürlicher Ressourcen.
- Dr. Gerhard Luther, Physiker an der Universität Saarbrücken, Arbeitsschwerpunkte: Festkörperphysik, Materialforschung, Publikationen zum Thema Energieeinsparung.
- Dr. Ewald Nowotny, Professor für Finanzwissenschaft und Vorstand des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Linz/Donau; Mitglied des österreichischen Nationalrats; Veröffentlichungen u.a. zur Umweltökonomie, Inflationstheorie, Finanztheorie und -politik.
- Dr. Hans G. Nutzinger, Lehrstuhl für die Theorie öffentlicher und privatwirtschaftlicher Unternehmen an der Gesamthochschule Kassel; Veröffentlichungen u.a. zu den Themen Selbstverwaltungswirtschaft, Theorie der Unternehmung, Wirtschaftsplanung, marxistische Theorie und ihre Kritik.

- Dr. Volker Ronge, Studium der Rechtswissenschaft und Politischen Wissenschaft, Dipl.-Politologe, Privatdozent für Politische Wissenschaft, 1972 - 79 wiss. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, seit 1979 Geschäftsführer der Infratest Sozialforschung in München. Veröffentlichungen u.a. zu Problemen der politischen Planung, der Forschungspolitik, der Bankpolitik und Gesellschaft und Natur.
- Dr. Gerhard Rüsçh, Studium des Bauingenieurwesens, der Raumplanung und Raumordnung; wiss. Assistent am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der Technischen Universität Wien; Publikationen zu Fragen der Verkehrspolitik sowie zu Finanzierungs- und Organisationsproblemen öffentlicher Aufgabenerfüllung.
- Dr. Andreas Schuke, Dipl.-Volkswirt, 1970 - 1973 wiss. Assistent an der Universität Heidelberg, seit 1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (F.E.St.) in Heidelberg; Veröffentlichungen zu Problemen der Wissenschaftstheorie, der Unternehmenstheorie und der Wachstumspolitik.
- Dr. Philipp Sonntag, Dipl.-Physiker, 1971 - 1978 wiss. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, seit 1979 wiss. Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin, Veröffentlichungen u.a. zu Fragen der Sicherheitspolitik und der ökonomischen Quantifizierung sozialer Indikatoren.
- Dr. Theo Thiemeyer, Professor für Sozialpolitik und Öffentliche Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum, 1970 - 1974 Professor für Öffentliche Unternehmen an der Universität Linz/Donau, Veröffentlichungen u.a. Theorie der öffentlichen Wirtschaft, Gemeinwirtschaftstheorie, Verkehrspolitik, Gesundheitsökonomie.